



Landesnaturschutzverband  
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-  
und Umweltschutzverbände  
in Baden-Württemberg  
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-  
verband nach § 67 NatSchG

## Pressemitteilung 080612

Stuttgart, den 12.6.08

### Landesnaturschutzverband warnt angesichts der jüngsten Unwetterphase:

## Der Klimawandel ist da und trifft alle!

***Der LNV-Vorsitzende: Die Politik muss erheblich mehr gegen die Klimaveränderung tun!***

Für den Landesnaturschutzverband sind die Unwetterereignisse der letzten Wochen ein eindeutiges Zeichen, dass uns der Klimawandel inzwischen unumkehrbar erreicht hat. Er nimmt die Geschehnisse zum Anlass, auf die jetzt schon spürbaren und noch zu erwartenden Folgen hinzuweisen. Gleichzeitig fordert der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret die Politik auf allen Ebenen auf, sich dieses Themas endlich in der notwendigen Ernsthaftigkeit anzunehmen und der Bevölkerung die unverblühte Wahrheit zu sagen.

Ganz sicher habe es auch in der Vergangenheit extreme Witterungsereignisse gegeben, doch noch nie seit Beginn der Wetteraufzeichnungen hätten sich diese zeitlich und räumlich so extrem gehäuft wie zur Zeit. Die Ursache hierfür haben nach Ansicht des LNV amerikanische Wissenschaftler kürzlich bei ihrer Prognose für eine schlimme Hurrikan-Saison erläutert: Durch die inzwischen bis zu 3° gestiegene Wassertemperatur im Atlantik gelangt wesentlich mehr Wasserdampf in die Atmosphäre, was zu immer stärkeren Tiefdruckgebieten führt, während gleichzeitig als „Antagonist“ auch Hochdruckgebiete kräftiger werden. Letztendlich beschert dies dem früher gemäßigten Mitteleuropa immer mehr Stürme und Gewitter von subtropischem Ausmaß, andererseits erhöht sich die Gefahr von Hitze- und Dürrephasen.

Schon allein deshalb den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu beschränken, sei einerseits unbestritten zwingend notwendig, andererseits sei der Klimawandel bereits so weit fort geschritten, dass die Politik unter einem dringenden Handlungszwang stehe, Vorsorge zu treffen. Ansonsten muss sie sich nach Überzeugung des LNV in einigen Jahren vorwerfen lassen, sie habe die besonders betroffenen Bevölkerungs- und Berufsgruppen ins offene Messer laufen lassen. Hochwasserschutzprogramme und die Freihaltung von städtischen Frischluftschneisen – wie sie Umweltministerin Gönner beim gestrigen Klimaschutzkongress propagiert hat - würden dem Problem allein nicht gerecht werden.

So sei zum Beispiel die Landwirtschaft infolge der Starkregen von massiven Erosionsproblemen bedroht. In den letzten Monaten wurden schon bei geringer Hangneigung tonnenweise wertvolle Ackerkrume in die Gewässer gespült. Folge sei ein deutlicher Ertragsrückgang auf den betroffenen Böden. Dies sei nur aufzuhalten, indem man die Ackerschläge verkürzt und Grün- oder Heckenstreifen als Erosionsbremse anlegt. Gleichzeitig schützen Hecken das umgebende Ackerland vor Stürmen und Austrocknung und mildern die Folgen von Dürre ab. In Teilen Südeuropas, wo ein ähnliches Wetter schon immer vorherrscht, gehören derartige Anlagen zum landbau-lichen Standard.

Doch von Seiten der Flurneuordnungsbehörden, so moniert der LNV-Chef, strebe man immer noch Bewirtschaftungslängen von 500 m und mehr an und nach neuesten Vorschriften sollen Gehölzbiotope nur noch am Rand dieser riesigen Ackerblö-cke angelegt werden. Zumindest in der Landwirtschaftsverwaltung habe man – so Reiner Ehret – den Klimawandel wohl noch nicht in seiner ganzen Dimension und in seinen auch für Landwirtschaft verheerenden Folgen realisiert.

Ein weiteres Problem be- und entsteht laut LNV infolge der vielen Siedlungsflächen in Gewässernähe und Tiefpunktlage. Wie im Killertal vor kurzem mit fürchterlichen Folgen geschehen, steige hier die Gefahr von Überflutungen drastisch an. Treffen könne dies aber auch Siedlungen in einer relativ normalen Lage, wenn die Kanalisa-tion das anfallende Wasser nicht bewältigen kann. Hier gälte es, zum einen den Be-wohnern solcher Orte reinen Wein einzuschenken, zum anderen seien die Kommu-nen gefordert, endlich auf die Bebauung von Retentionsflächen zu verzichten. „Ich halte es für unverantwortlich,“ so Reiner Ehret, „dass die Flächenversiegelung auch in Gewässerauen unvermindert andauert.“

Für den LNV zeigen diese Beispiele, dass der Krug der Klimaveränderung an keinem Bewohner vorbei gehen wird und sich jeder mit den Folgen des Klimawandels ausei-nersetzen muss. „Außerdem muss auch unsere Landesregierung erheblich mehr für das Klima tun als bisher. Hier zu wenig zu tun, bedeutet auch eine Art von Schul-denmachen zu Lasten künftiger Generationen, und zwar von Schulden, die nicht nur monetär sind, sondern die Leib, Gut und Leben von Menschen beeinträchtigen.“